



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel, Christian Zwanziger, Benjamin Adjei, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Zeugnisglück statt PISA-Schock – jetzt umfassende Maßnahmen für mehr Bildungserfolg auf den Weg bringen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend mit folgenden, zusätzlichen Maßnahmen auf die verheerenden PISA-Ergebnisse zu reagieren:

- Es soll ein schulscharfer Sozialindex, vor allem für die Grundschulen, erarbeitet werden. Der Sozialindex dient dazu, Schulen mit dem größten Bedarf an zusätzlichen Ressourcen für eine effektive Schülerinnen- und Schülerunterstützung zu identifizieren. Dieses Werkzeug misst die sozioökonomischen Herausforderungen der Schülerinnen und Schüler, um gezielt dort zu helfen, wo es am nötigsten ist.
- Das Programm **gemeinsam.Brücken.bauen** soll modifiziert und über das Schuljahr 2023/2024 hinaus fortgeführt werden. Ziel soll sein, dass die Schulen ein eigenes Budget, dessen Höhe von dem erarbeiteten Sozialindex abhängt, bekommen. Diese Mittel können beispielsweise für besondere Angebote im Ganztag, Begabungsförderung, Demokratiebildung und Nachhilfe verwendet werden. Die Schulen entscheiden dabei selbst, für was sie ihr Budget einsetzen. Auch das Sonderprogramm **Ferienangebote** soll weitergeführt und auch in Zukunft vom Bayerischen Jugendring (BJR) koordiniert werden.

Begründung:

Als Reaktion auf die verheerenden PISA-Ergebnisse führt die Staatsregierung eine Unterrichtsstunde mehr Deutsch in den Klassen 1 bis 4 und je eine Unterrichtsstunde mehr Mathematik in den Klassen 1 und 4 in der Grundschule ein und setzt auf mehr Leseförderung. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßt diese Maßnahmen als längst überfällig, denn der Leistungsabfall hat sich bereits letztes Jahr in den IGLU-Ergebnissen abgezeichnet. Die zusätzlichen Unterrichtsstunden werden aber gerade für benachteiligte Kinder und Jugendliche bei Weitem nicht ausreichend sein. Zudem soll das wichtige Programm **gemeinsam.Brücken.bauen** nach dem Schuljahr 2023/2024 auslaufen, das den Schulen als Aufholprogramm nach Corona zur Verfügung stand.

Durch Corona haben alle Kinder und Jugendlichen gelitten. Die psychischen Erkrankungen sind massiv angestiegen. Aber auch die Leistungen sind noch mal schlechter geworden im Vergleich zu den Bildungsstudienergebnissen der Jahre davor. Das heißt, grundsätzlich brauchen alle Schülerinnen und Schüler mehr Unterstützung, und zwar sowohl im sozial-emotionalen Bereich als auch im Bereich der Lernförderung. Darum ist es wichtig, das Programm **gemeinsam.Brücken.bauen** auch über das Schuljahr 2023/2024 fortzuführen.

Im Bereich der Lernförderung ist es jedoch wichtig, dass die Ressourcen bedarfsorientiert und zielorientiert verteilt werden, sodass sie die maximale, kompensatorische Wirkung entfalten können. Denn PISA und andere Bildungsstudien zeigen auch, dass wir in Deutschland besonders schlecht sind, was die soziale Gerechtigkeit angeht. Das heißt, Schülerinnen und Schüler, die von ihren Eltern nicht in der Schule unterstützt werden können oder sich keine Nachhilfe leisten können, schneiden wesentlich schlechter ab. Und diese Kinder brauchen noch mal mehr Unterstützung als die aus Elternhäusern, wo das möglich ist. Das berücksichtigt die neue Staatsministerin für Unterricht und Kultus bisher aber nicht. Soziale Gerechtigkeit kann nur erreicht werden, wenn die Schwächsten am meisten Unterstützung erhalten. Das kann mit der Einführung eines Sozialindex erreicht werden. Mit diesem kann man messen, an welchen Schulen besonders viele benachteiligte Kinder sind. Und diese Schulen bekommen dann höhere Budgets im Rahmen des fortgeführten Programms gemeinsam.Brücken.bauen. Diese Budgets können die Schulen nach ihrem eigenen Bedarf einsetzen, indem sie zum Beispiel außerunterrichtliche Angebote mit dem Schwerpunkt auf der Entwicklung sprachlicher und mathematischer Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler anbieten, zeitlich begrenzte Projekte oder Veranstaltungen, die nicht zum Unterricht nach Stundentafel gehören (z. B. mit sportlicher, kultureller, nachhaltigkeitsfördernder oder sozialer Zielsetzung), durchführen. Externe Expertinnen und Experten mit besonderen Fachkenntnissen und Qualifikationen können in den Unterricht geholt werden und die Lehrkräfte bei der Begabungs- und Begabtenförderung unterstützen. So ermöglichen wir allen gerechte Ausgangsbedingungen.

Durch das Programm gemeinsam.Brücken.bauen wurden aber auch zusätzliche Ferienangebote gefördert: Das Sonderprogramm Ferienangebote wurde als Reaktion auf die sozialen und psychischen Folgen der Coronapandemie für Kinder und Jugendliche ins Leben gerufen. Es zielt darauf ab, in den Ferienzeiten Entlastung zu bieten und das Gemeinschaftserleben zu fördern. Neben der Unterstützung der Kinder und Jugendlichen entlastet es auch die Eltern. Die Fördermittel ermöglichen Trägern der Jugendarbeit qualitativ hochwertige Programme zu entwickeln. Viele Antragsteller betonen laut BJR, dass ohne diese finanzielle Unterstützung viele Angebote nicht realisierbar wären. Mehr als 45 000 Kinder und Jugendliche haben seit 2020 am Sonderprogramm Ferienangebote teilgenommen. Im Sommer 2023 verzeichnete das Sonderprogramm neue Rekorde: über 2 200 Gruppen (2022: 1 600 Gruppen) und rund 26 400 zusätzliche Ferienplätze konnten angeboten werden, mehr als die Hälfte davon in den Sommerferien.¹

¹ vgl.: <https://www.bjr.de/service/presse/pressemeldungen/rekordnachfrage-bei-ausserschulischen-bildungsangeboten-fuer-kinder-und-jugendliche-in-den-ferien-1>